

Krise der Nahdlatul Ulama verschärft sich

Die seit über einem Jahr schwelende Krise der größten islamischen Organisation Indonesiens, Nahdlatul Ulama (Renaissance der Rechtsgelehrten) hat eine neue Dimension angenommen, die zu einer Spaltung der Organisation führen könnte. Auf einem als "Große Konferenz" angekündigten Treffen am 17. Januar hat die Gruppe um Abu Hassan einen neuen Vorstand gewählt, an dessen Spitze eben dieser Abu Hassan steht. Begonnen hatten die Auseinandersetzungen im Dezember 1994, als bei der Wahl zum Vorstand auf der Vollversammlung der NU in Cipasung Abu Hassan dem damaligen und jetzigen Vorsitzenden Abdurrahman Wahid unterlegen war. Abu Hassan warf Abdurrahman daraufhin vor, die

Wahl mit Hilfe nicht stimmberechtigter Delegierter manipuliert zu haben. Abu Hassan genießt die Unterstützung der GOLKAR und seine Kandidatur gegen den populären Abdurrahman war allgemein als der Versuch interpretiert worden, die Position des alten und neuen NU-Vorsitzenden zu schwächen, der als einer der profiliertesten Kritiker des gegenwärtigen Regimes angesehen wird.

Der Erfolg dieses neuerlichen Versuches der Abu Hassan-Gruppe, die Führung von Abdurrahman herauszufordern, bleibt abzuwarten. Das Echo in der Mitgliedschaft der NU ist sehr zurückhaltend. Auch die Regierung hat zunächst einmal erklärt, daß die 1994 gewählte Führung rechtmäßig im Amt sei und den

Herausforderern eine Anerkennung versagt. Andererseits wäre allein das Zustandekommen dieser Konferenz, auf der Abu Hassan als Herausforderer zum Vorsitzenden gewählt wurde, nicht ohne die stillschweigende Unterstützung interessierter Kreise in der GOLKAR und von Teilen des Militärs denkbar gewesen. Die veröffentlichte Meinung von Innenministerium und Präsidentschaft ist deshalb eher als taktische Zurückhaltung anzusehen. Aufmerksamkeit erregt das etwa zeitgleich vorgebrachte Angebot von Religionsminister Tarmizi Taher, in dem Konflikt zwischen Abdurrahman und Abu Hassan zu vermitteln. Eine solche Vermittlung könnte zum Ziel haben, die beiden Kontrahenten zugunsten einer dritten Person zum Rückzug zu bewegen. Nachdem der Versuch einer

direkten Abwahl Abdurrahmans und seine Ersetzung durch Abu Hassan gescheitert ist, hätten die GOLKAR und die Regierung auf diese Weise doch noch ihr Ziel erreicht, die NU, die mehrere Millionen Mitglieder zählt und deshalb ein wichtiges Wählerpotential darstellt, dem Einfluß des Suharto-Kritikers Abdurrahman zu entziehen. Damit wäre die NU, die sich 1984 aus der PPP (der zwangsweisen Vereinigung der islamischen Parteien hervorgegangen) und damit aus der unmittelbaren politischen Arbeit zurückgezogen hatte, wieder als ein (partei-) politischer Faktor verfügbar geworden, der sowohl bei den Parlamentswahlen 1997 als auch bei den Präsidentschaftswahlen 1998 von Bedeutung sein könnte.

vgl. Kompas 30.1.1996, Forum Keadilan 12.2.1996

Zunehmende Umweltprobleme in Jakarta

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr wird die indonesische Hauptstadt von einer schlimmen Überflutung betroffen, die weite Teile der zentralen Stadtbezirke mehr als einen Meter unter Wasser setzte. Von der Überflutung sind die Behausungen von etwa einer halben Millionen Menschen betroffen. Verschiedenen Meldungen zufolge sind 75.000 bis 100.000 Telefonanschlüsse durch die Überflutung der Kabelkanäle außer Betrieb gesetzt. Die halbstaatliche Telekommunikationsgesellschaft rechnet mit zwei Wochen, bis alle Anschlüsse wieder funktionieren, vorausgesetzt es kommt nicht wieder zu schweren Regenfällen, die als der unmittelbare Auslöser gelten.

Ähnlich wie bei den auch in Deutschland zunehmend häu-

figer zu beobachtenden Hochwasserereignissen sind auch die Gründe für die letzten Überschwemmungen in der Region Jakarta vor allem menschengemacht. Stadt- und Raumplanungsexperten machen zwei Gründe für das Hochwasser verantwortlich. Zum einen ist durch die extensive Bautätigkeit der vergangenen Jahre die Oberflächenversiegelung im Bereich Jakartas in dramatischem Maß angestiegen. Dies betrifft nicht nur die in einer Schwemmlandebene gelegene Großstadt, sondern auch den Bereich des gebirgigen Hinterlandes. Das unter dem Namen Puncak bekannte Gebiet dient der großstädtischen Mittelklasse als Naherholungsziel. Dort wurden in der Vergangenheit viele Wochenendhäuschen und Golfplätze ge-

baut, so daß auch hier eine zunehmende Versiegelung zu beobachten ist. Die Fähigkeit der Region, die ausgiebigen Niederschläge der monsunalen Regenperioden aufzunehmen, ist immer geringer geworden.

Als weiteres Problem stellt sich im Bereich der Hauptstadt das mangelhafte Entwässerungssystem dar. Zwar sind aus der niederländischen Kolonialzeit noch einige Kanäle als oberirdische Kanalisation vorhanden, zusammen mit dem später errichteten unterirdischen Kanalsystem sind sie jedoch nicht in der Lage, die sintflutartigen Regenfälle aufzunehmen und zum nahegelegenen Meer zu befördern. Man hat deshalb in Jakarta mit zwei Überflutungsarten zu kämpfen. Zum einen die Niederschläge im Hinterland, die wegen der Versiegelung die Hauptstadt oberirdisch erreicht

und zum zweiten die Regenfälle über der Stadt selbst, die weder durch Brachflächen noch durch die Kanalisation aufgenommen werden können.

Diese dramatische Situation in der Regenzeit wird von einer ebenso bedrohlichen Wasserknappheit in Jakarta während der Trockenzeit begleitet. Die oberflächennahen Grundwasserreserven können sich wegen der Versiegelung nicht regenerieren und versalzen durch das Eindringen von Meerwasser. Zunehmend ist deshalb die Tendenz zu beobachten, daß Bewohner des Großraums Jakarta, die über ein eigenes Grundstück verfügen, mit Tiefbohrungen tiefergelegene Grundwasserschichten anzapfen, um ihre Wasserversorgung sicherzustellen.

vgl. Republika 13.2.1996 und eigene Quellen

Der Fall Bintang - Fortsetzung

Im Prozeß gegen den ehemaligen Abgeordneten der islamischen PPP und Dozenten der Universitas Indonesia, Sri Bintang Pamungkas wurden nach den Zeugen der Anklage nun die Zeugen gehört, die Sri Bintang von der Anklage der Majestätsbeleidigung entlasten sollen. Die Anklage wirft dem Politiker vor, sich in einem Vortrag in der FU Berlin im April 1995 vor indonesischen Studenten abfällig über Prä-

sident Suharto geäußert und ihn gemeinsam mit dem früheren Präsidenten Sukarno als Diktator bezeichnet zu haben.

Als Entlastungszeugen traten indonesische Studenten aus Berlin auf, die den Vortrag Sri Bintangs organisiert hatten. Die drei Zeugen sagten aus, daß die von der Staatsanwaltschaft inkriminierten Sätze nicht von Sri Bintang gesprochen worden seien, sondern Teil einer Frage eines Zuhö-

lers gewesen seien, die Sri Bintang nur wiederholt habe. Die Tonbandaufnahme des Vortrages und der nachfolgenden Diskussion ist jedoch so schlecht, daß die Stimmen nicht ohne weiteres identifiziert werden können. Außerdem äußerte die Verteidigung den Verdacht, daß die Aufnahme die dem Gericht von der Anklage als Beweismittel vorgelegt wurde, manipuliert sei, da sie ein Zusammenschnitt sei und nicht mit der Originalaufnahme übereinstimme. Die

Verteidigung hat darüber hinaus zwei indonesische Linguisten in den Zeugenstand gerufen, die ihre Untersuchung über den Beleidigungscharakter der angeblichen Äußerungen Bintangs vortragen sollten. Beide kamen zu dem Ergebnis, daß die Sätze, da sie nicht an eine bestimmte Person gerichtet gewesen seien, keine Beleidigung darstellen.

vgl. Forum Keadilan 12.2.96, Tapol Bulletin No. 133 (Feb. 96), eigene Quellen

Megawati for President

Die Vorsitzende der PDI und Tochter Sukarnos, des charismatischen ersten Präsidenten Indonesiens, Megawati Sukarnoputri ist als Kandidatin für die Präsidentschaftswahl im Mai 1998 vorgeschlagen worden. Damit ist inoffiziell ein Wahlkampf um das Präsidentenamt eröffnet worden, den es so in der Geschichte des unabhängigen Indonesiens noch nicht gegeben hat. Sukarno selbst war 1945 von dem Vorbereitungskomitee für die Unabhängigkeit Indonesiens als Präsident vorgeschlagen und bestimmt worden, hat sich dann aber während seiner gesamten Amtszeit bis 1966 keiner Wahl gestellt.

Sein Nachfolger Suharto, der Sukarno 1966 auf kaltem Wege entmachtete und unter Hausarrest stellte, ist zwar fünfmal in Folge in einem formalen Wahlverfahren zum Präsidenten bestimmt worden, hatte jedoch nie einen Gegenkandidaten. Selbst die Wahl des Vizepräsidenten war bei jedem Mal bereits im Vorfeld entschieden worden.

Es bleibt abzuwarten, ob die Benennung von Megawati als Suharto-Herausforderin Bestand haben wird. Immerhin wird die Wahl erst in gut zwei Jahren stattfinden und die innenpolitische Situation Indonesiens ist von wachsender Nervosität geprägt, in der die verschiedenen Gruppen ihre Ausgangsposition für die Nach-Suharto-Zeit zu sichern und zu verbessern suchen.

Der indonesische Präsident wird jeweils ein Jahr nach einer Parlamentswahl von einer Volksversammlung (MPR), die je zur Hälfte aus dem gewählten Parlament und Vertretern der Provinzen besteht, bestimmt. Da es bisher nie einen Gegenkandidaten gegeben hat, wurde Suharto immer per Akklamation zum Mandatsträger der MPR gewählt. Zur gleichen Zeit hat auch die Veteranenlegion ihren Wunschkandidaten öffentlich benannt und eine Delegation zum amtierenden Präsidenten geschickt, um ihn aufzufordern, für eine sechste Amtszeit zu kandidieren.

Arbeitskonflikte

Ein bestimmendes Merkmal der innenpolitischen Situation Indonesiens der vergangenen Monate war die zunehmende Anzahl von Arbeitskonflikten, die sich immer wieder an den miserablen Arbeitsbedingungen und der Nichteinhaltung der Mindestlohnbestimmungen entzündeten. Wie auch schon zuvor sind immer wieder Frauen, die als unterbezahlte Arbeitskräfte in der Leichtindustrie Beschäftigung finden, an diesen spontanen Streiks an führender Stelle vertreten. In Tangerang (Westjava), einer Stadt die zur urbanen Agglomeration um Jakarta ge-

hört, haben am 12. Februar streikende Arbeiterinnen Dutzende Autos im Fabrikhof umgestürzt und zerstört. Sie wollten damit ihrer wiederholten Forderung nach Einhaltung der Mindestlohnbestimmungen Nachdruck verleihen. Weitere Forderungen bezogen sich auf Wohlfahrtsleistungen des Arbeitgebers sowie auf die Feiertagsgratifikationen, die üblicherweise zu hohen religiösen und politischen Feiertagen gezahlt werden. Ende Februar geht der diesjährige Fastenmonat Ramadan zu Ende und den Arbeiterinnen stehen die kostspieligen Feiertage des Fastenbruchfestes Lebaran bevor. Die aufgestaute Wut

entlud sich jedoch nicht in der Zerstörung von Autos, sondern erstreckte sich auf Fabrikeinrichtungen, Klimaanlage in den Büros der Vorgesetzten, Firmenunterlagen und Personalakten. Trotz gesetzlich vorgeschriebener Mindestlöhne, die von Region zu Region variieren, weigern sich viele Unternehmer und Fabrikbesitzer, einen zumindest das Existenzminimum sichernden Lohn zu zahlen. Darüberhinaus verrechnen sie häufig Leistungen, die dem Gesetz nach zusätzlich zu zahlen sind, mit dem Grundlohn.

vgl. Media Indonesia 13.2.1996

Unabhängige Wahlkommission

Von verschiedener Seite ist die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Beobachtung der Parlamentswahlen im Mai 1997 vorgeschlagen worden. Sie soll sicherstellen, daß die anstehenden Wahlen, von denen politische Beobachter eine wichtige Weichenstellung erwarten, korrekt und ohne Manipulation vonstatten gehen. Als Vorsitzender wurde der ehemalige Chefredakteur der verbotenen Wochenzeitschrift *Tempo*, Goenawan Mohamad, vorge-

schlagen. Ausführende Organisationen sollen die in allen Provinzen vertretenen Rechtshilfeinstitute LBH sowie die NRO Yayasan Pijar sein.

Während die Vorsitzenden der beiden "Oppositionsparteien" Hasan Ismail Metareum für die islamische PPP und Megawati Sukarnoputri für die PDI diesen Vorschlag positiv bewerteten, wandte sich der Vorsitzende der Regierungsorganisation GOLKAR, Harmoko, der zugleich Informationsminister ist, gegen dieses Ansinnen. Er verwies auf die bereits seit langem vorhandene staatliche Wahlkommission PANSWASLAK.

Das indonesische Wahlrecht kennt nur zwei politische Parteien im eigentlichen Sinne (PDI und PPP) sowie die als Regierungspartei fungierende Vereinigung der funktionellen Gruppen GOLKAR. Während GOLKAR ständig auf allen Ebenen präsent sein kann, dürfen die beiden anderen Parteien frühestens drei Wochen vor dem Wahltermin Wahlveranstaltungen durchführen, die wiederum auf wenige Städte jeder Provinz beschränkt sind. Bei den letzten Wahlen konnte GOLKAR einen Stimmenanteil von 68 % erreichen (PDI 15 %, PPP 17 %).

vgl. Kompas 13.2.1996, eigene Quellen

